

Volksentscheide und Wettbewerbspolitik

Aufgaben

- 1 Fassen Sie den Text zusammen. (Material 1)
(20 BE)

- 2 „Nicht ohne Grund wurde Artikel 15 des Grundgesetzes, der eine Vergesellschaftung prinzipiell ermöglicht, in mehr als 70 Jahren Grundgesetz noch nie angewandt.“ (Material 1)
Setzen Sie, anknüpfend an das Zitat, das Instrument einer Vergesellschaftung in Beziehung zu dem Wirtschaftsmodell und der Wettbewerbspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft.
(25 BE)

- 3 Stellen Sie unter Berücksichtigung von Material 2 zentrale Merkmale der beiden Demokratietheorien, Pluralismustheorie und deliberative Demokratie, gegenüber.
(25 BE)

- 4 Diskutieren Sie anknüpfend an Material 1 und 2, inwiefern die Notwendigkeit besteht, die repräsentative Demokratie der Bundesrepublik Deutschland durch mehr Deliberation und Partizipation zu erneuern.
(30 BE)

Material 1

Marlies Uken: Enttäuschung garantiert (2021)

Die Initiatoren von Deutsche Wohnen & Co enteignen¹ haben am Sonntag für ein Fanal² gesorgt – im schlechtesten Sinne. Mehrheitlich haben die Berlinerinnen und Berliner mit der Berliner Wohnungspolitik abgerechnet und für die Enteignung der großen Immobilienkonzerne gestimmt.³ Klar, das Votum ist die Reaktion auf jahrelange vermurkte Wohnungspolitik in Berlin. Zunächst hatte der Senat Hunderttausende Wohnungen an die Privatwirtschaft verkauft, dann sah man den Fehler zwar ein – steuerte aber erst allzu zaghaft und dann schlecht durchdacht gegen: zuerst mit einer von Ausnahmen durchlöchernten Mietpreisbremse, dann mit Vorkaufsrechten und am Ende sogar mit einem Mietendeckel. Der war nur leider so miserabel gemacht, dass er nach Monaten der Rechtsunsicherheit schließlich gekippt wurde. Das war Schritt für Schritt ein verzweifelter Herumdoktern – nicht nur nicht erfolgreich, sondern sogar kontraproduktiv.

Angesichts dieses Versagens und Mieten, die sich in den vergangenen zehn Jahren teils verdoppelt haben, ist die Wut der Berliner verständlich. Auch die Angst, bei einem Wohnungswechsel im eigenen Kiez nichts mehr zu finden und an den Stadtrand verdrängt zu werden, ist groß. Und das ist dann auch das Einzige, das man der Initiative zugutehalten kann: dass sie den Bewohnern und Bewohnerinnen der Hauptstadt die Chance gegeben hat, sich ihren Frust einfach mal von der Seele wegzukreuzen. Der Ärger über immer höher steigende Mieten, die Verzweiflung über die Mühen der Wohnungssuche, auch die Enttäuschung über Hausverwaltungen, die teils monatelang keine Heizungen oder Fahrstühle reparieren – und damit angesichts des knappen Angebots an Wohnungen einfach durchkommen.

Das ist aber dann auch schon alles, was man Positives sagen kann über den Volksentscheid. Der Irrsinn des Unterfangens fing schon mit der Fragestellung an. Statt der berechtigten Frage: Wollen Sie bezahlbaren Wohnraum in Berlin? Hieß es: Wollen Sie privatwirtschaftliche Unternehmen vergesellschaften? Enteignungen sind ein Instrument, das man aus anderen und unschönen Kapiteln der deutschen Geschichte kennt. Und das in diesem Fall dazu führen wird, dass Investoren, die Berlin so dringend braucht für den Wohnungsbau, verunsichert, wenn nicht sogar vergrault werden. Deutsche Wohnen & Co enteignen hat Firmen wie Vonovia, Deutsche Wohnen, Akelius und wie sie alle heißen das Fürchten gelehrt. [...]

Das große Problem ist doch: Enteignungen schaffen keine einzige neue Wohnung – die aber braucht es ja gerade, damit sich die Lage entspannt. Zehntausende Wohnungen werden einfach nur den Besitzer wechseln – und der neue kommunale Verwalter soll niedrigere Mieten verlangen. Davon kommen wohl gemerkt aber auch nur die Mieter in Genuss, die bei den enteigneten Unternehmen wohnen. Neue Wohnungen, von denen Berlin allein jetzt schon 200.000 fehlen, schafft dieser Besitzerwechsel nicht.

Für den, wie es derzeit aussieht, unwahrscheinlichen Fall, dass der Volksentscheid tatsächlich umgesetzt wird, ist stattdessen jahrelange Rechtsunsicherheit zu befürchten, die den Wohnungsmarkt weiter lähmen würde. Natürlich werden die Wohnungsbaukonzerne gegen eine Enteignung klagen, im Notfall werden sie bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. So geht kostbare Zeit verloren, in der

¹ In Berlin haben sich Mieterinnen- und Mieter-Initiativen zusammengeschlossen und mit etwa 350.000 Unterschriften einen Volksentscheid zur Frage „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ erzwungen: Alle Unternehmen, die mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin besitzen, sollen gegen eine Entschädigung enteignet werden.

² Fanal – Ereignis oder Handlung als weithin erkennbares Zeichen, das eine Veränderung, den Aufbruch zu etwas Neuem ankündigt

³ Am 26.09.2021 wurde in Berlin parallel zur Bundestagswahl auch über diesen Volksentscheid abgestimmt. 56,4 Prozent sprachen sich für die Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne wie Deutsche Wohnen, Vonovia, Akelius und anderen aus. Das Votum ist rechtlich jedoch nicht bindend.

Anwälte wie Politikerinnen viel Kraft in die Exegese⁴ juristischer Texte investieren werden, für die dringend benötigte Suche nach neuen Baugrundstücken und das Brüten über Bauplänen aber kaum Energie übrig bleibt. Was bedeutet: Die Mieten werden weiter steigen und neue Wohnungen werden erst recht nicht gebaut, solange es keine rechtssichere Entscheidung auf höchster Ebene gibt. Das hat schon der Mietendeckel gezeigt.

Ganz zu schweigen von den Milliarden, die das Enteignungsvorhaben kosten würde. Zwar sollen die Entschädigungszahlungen über zinsgünstige Kredite finanziert werden, für die das Land Berlin bürgen soll. Trotzdem gilt: Jeder Euro, der aufgenommen wird, um die Enteigneten zu entschädigen, wird nicht für einen Neubau ausgegeben. Auch die Hoffnung, dass ausgerechnet die Stadt Berlin schnell und effizient – und im besten Fall auch kostengünstiger – bauen kann als ein privatwirtschaftliches Unternehmen, könnte sich als trügerisch erweisen. Eine Stadt, deren Bewohner und Bewohnerinnen teils monatelang auf einen Termin beim Bürgeramt warten müssen, deren Bauämter notorisch unterbesetzt und deren kommunale Wohnungsbaugenossenschaften schon heute komplett überlastet sind, ist kein gutes Versprechen. Und dann ist da noch das Signal, das Berlin weit über seine Grenzen hinaus aussendet: „Liebe Investorinnen und Investoren, Achtung! Wir können euch auch enteignen.“ Nicht ohne Grund wurde Artikel 15 des Grundgesetzes, der eine Vergesellschaftung prinzipiell ermöglicht, in mehr als 70 Jahren Grundgesetz noch nie angewandt. Das sollte auch weiterhin so bleiben.

Die wahrscheinlich neue Bürgermeisterin Franziska Giffey⁵ täte daher gut daran, diesen Volksentscheid nicht umzusetzen – ihn aber als das ernst zu nehmen, was er ist: der Ausdruck maximalen Frustes und maximalen Protests, um den sie sich kümmern muss. Ja, es braucht dringend neue Ideen für die Berliner Wohnungspolitik. Und ja, der Mietenanstieg hat sich zum Glück in den vergangenen Monaten entschleunigt. Der neue Senat wird in den nächsten Jahren an zwei Parametern gemessen werden: der Mietpreisentwicklung und der Zahl der neu geschaffenen Wohnungen. Was es dafür braucht, sind mehr Anreize für Wohnungsbau, weniger Auflagen, niedrige Baunebenkosten, mehr Bauland und mehr Sozialwohnungen. Klingt vielleicht weniger griffig als „Enteignet Vonovia und Deutsche Wohnen“ – wird aber auch weniger enttäuschen.

Marlies Uken: Enttäuschung garantiert, 28.09.2021, URL: <https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2021-09/volksabstimmung-berlin-enteignung-deutsche-wohnen-und-co-wohnungsmarkt> (abgerufen am: 29.09.2021).

Material 2

Simon Tormey: Vom Ende der repräsentativen Politik (2015)

Die repräsentative Demokratie hat sich als hartnäckig erwiesen, denn es gelingt ihr nicht nur, sich andere Modelle vom Leibe zu halten, sondern sie vermag es auch, die Forderung nach größerer Partizipation in einer Weise aufzugreifen, die das Primat der repräsentativen Demokratie stärkt und nicht etwa in Gefahr bringt, von einer Alternative abgelöst zu werden. Viele repräsentative Systeme bieten inzwischen vermehrt Möglichkeiten einer größeren Beteiligung in Form von Referenden, Bürgerforen und Bürgerversammlungen, partizipativer Haushaltsplanung, beratenden Versammlungen, Online-Umfragen und so weiter. Die umfangreiche Literatur zu dem Thema bezeugt, wie groß die Hoffnung ist, den Eliten ein wenig politischen Einfluss und Macht abzurufen [...] Der Glaube an diese Möglichkeit erklärt vielleicht, warum viele Menschen, statt über Alternativen zur repräsentativen Demokratie nachzudenken, sich damit beschäftigen, sie zu erneuern oder wieder instand zu setzen, allerdings unter Beigabe einer gehörigen Portion Deliberation oder Partizipation.

Simon Tormey: Vom Ende der repräsentativen Politik, Hamburg, 2015, S. 208.

⁴ Exegese – hier: im Sinne der Erklärung und Auslegung der Texte

⁵ Franziska Giffey – Am 21.12.2021 wurde Franziska Giffey zur Regierenden Bürgermeisterin von Berlin gewählt.